

Generalsekretär Peter Hintze:

Festival der faulen Kompromisse

- Keine Klarheit in der Blockadefrage,
- Keine Klarheit in der Kandidatenfrage,
- Keine Klarheit in der PDS-Frage.

Die Rede von Oskar Lafontaine auf dem SPD-Parteitag hat einmal mehr deutlich gemacht: In Hannover nichts Neues. Stattdessen Neidparolen und Vorschläge aus der ideologischen Rumpelkammer. Wohin eine solche Politik führt, ist im Saarland und in Niedersachsen zu betauern, wo SPD-Landesregierungen im Vergleich der Bundesländer besonders schlecht abschneiden.

Hier spricht die alte SPD

Der Angriff auf die Steuerreform und auf die Rentenreform ist von Ignoranz und Verweigerung bestimmt. Hier spricht die alte SPD, die den neuen Herausforderungen ratlos gegenübersteht. Der Reformregierung Kohl hat sie nichts entgegensetzen.

Als Festival der faulen Kompromisse ist der SPD-Parteitag in Hannover kein Beweis dafür, warum man den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung anvertrauen könnte. Sie verkleistern ihre inhaltlichen und personellen Probleme. Die Wählerinnen und Wähler werden das durchschauen. ■

HEUTE AKTUELL

- **Haushalt**
Adolf Roth: In schwierigen Zeiten auf gutem Kurs. Seite 3
- **Neue Länder**
Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Seite 10
- **Verteidigung**
Paul Breuer: Eurofighter – das leistungsfähigste Jagdflugzeug, das derzeit auf dem Markt ist. Seite 11
- **Niedersachsen**
Schröder = Sprüche statt Taten. Beispiel Bildung. Seite 12
- **Bildungspolitik**
Für leistungsfähige Hochschulen. Seite 18
- **Kurz & bündig**
Argumente. Zur Reform des deutschen Hochschulsystems. Seite 29
- **Dokumentation**
Blendung und Ablenkung. Wie die SPD erfolglos versucht, Innovation auf ihre Fahnen zu schreiben. Grüner Teil
- **UiD Extra**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Zukunft gemeinsam sichern. Rede in der Haushaltsdebatte am 26. November. Innenteil

Kurzt & gut

Nun also doch TV-Duell

Ein eigenes Bild von den beiden Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten können sich die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsen am 25. Februar voraussichtlich um 20.15 Uhr im NDR 3 machen. Darauf haben sich Christian Wulff und Gerhard Schröder verständigt, nachdem der amtierende Regierungschef bisher einen solchen direkten Vergleich strikt abgelehnt hat.

1 800 neue Arbeitsplätze

will die Deutsche Lufthansa AG (Köln) in den kommenden drei Jahren schaffen. Das Unternehmen erwartet bei einem Rekordgewinn von 974 Millionen Mark in den ersten neun Monaten dieses Jahres (Vergleichszeitraum 1996: 434) für das Gesamtjahr das beste Ergebnis seiner Geschichte. Bei den neuen Arbeitsplätzen wird es sich um hochqualifizierende Stellen handeln.

In Höhe von 34 Milliarden Mark

hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im laufenden Jahr Investitionskredite vergeben. Schwerpunkt der Kreditvergabe war die Mittelstandsförderung. Auf rund 24 Milliarden Mark schätzt die KfW die finanzierten Investitionen. Sie schaffen nach Angaben der Kreditanstalt 40 000 neue Arbeitsplätze und sichern weitere 700 000 Stellen.

1999 volle Arbeit in Berlin

Unmittelbar nach der Sommerpause 1999 wird der Bundestag - seine parlamentarische Arbeit in Berlin aufnehmen. Einer entsprechenden Beschlussempfehlung hat das Parlament am 25. November zugestimmt.

Renovierungskosten in Höhe von 3,4 Mrd. aufgestaut

Mit einem außerordentlichen Beitrag von 20 Mark für 1997, 1998 und 1999 sollen die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen - über höhere Beiträge aber auch Privatver-

sicherte und Beamte - dazu beitragen, die Aufwendungen für die Instandhaltung der Krankenhäuser zu finanzieren. Die Maßnahme wurde notwendig, weil sich die

Länder - mit Ausnahme Bayerns - jahrelang geweigert hatten, ihrer Verpflichtung in dieser Sache nachzukommen. Die Folge: verrottete Dächer, herfallende Fenster- rahmen, veraltete

Heizungsanlagen. Nach Schätzungen haben sich die Renovierungskosten zu einem Betrag in Höhe von 3,4 Milliarden Mark aufgestaut. Gegen Aufrufe, die Zah-

kottieren, hat sich Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer gewandt: „Es geht bei der Sanierung um einen Kernbereich der medizinischen Versorgung.“

WICHTIG

DAS WICHTIGSTE NR. 3 DER WOCHE AUF EINER SEITE

„Eine Regionalisierung der Sozialversicherungssysteme würde uns von dem grundgesetzlich aufgetragenen Ziel abbringen, überall in unserem Land gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.“

CDU-Generalsekretär Peter Hintze

Mit verbindlichen Leitlinien gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit

- Jugendliche unter 25 Jahren sollen, bevor sie sechs Monate arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme erhalten.
- Erwachsene sollen, bevor sie ein Jahr beschäftigungslos sind, ebenfalls einen Arbeitsplatz oder eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme angeboten bekommen.

Darauf haben sich am 20./21. November die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Luxemburg verständigt. Sie verabschiedeten Leitlinien zur verstärkten Förderung von Beschäftigung, die zwar durch Aktionsprogramme der Mitgliedstaaten umgesetzt werden, aber dieselbe Verbindlichkeit wie die Konvergenzkriterien für den EURO haben sollen.

Die gesteckten Ziele auch erreichen

Einmal im Jahr müssen die Mitgliedstaaten auf einem europäischen Gipfeltreffen den Nachweis dafür erbringen, daß sie die Leitlinien erfüllt haben. Auch wenn für ein Verfehlen keine Sanktionen vorgesehen sind, sind von dieser Verpflichtung große Anstrengungen zu erwarten, da niemandem das Eingeständnis leicht fallen

dürfte, die gesteckten Ziele im eigenen Land nicht erreicht zu haben.

Der Druck zur Einhaltung der Vereinbarungen wird auch deshalb hoch bewertet, weil es sich bei den Betroffenen, arbeitslosen Jugendlichen und bereits seit langem Arbeitslosen, um Menschen handelt, die man nicht länger warten lassen kann. Für die schwierige Umsetzung dieser Leitlinien haben die Staats- und Regierungschefs einen Fünf-Jahres-Zeitraum festgesetzt.

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen kleinen und mittleren Unternehmen innerhalb von drei Jahren 900 Millionen Mark aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.

Mit zinsgünstigen Darlehen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Milliarden Mark soll die Europäische Investitionsbank u. a. mittelständische Unternehmen fördern.

„Der Beschäftigungsgipfel in Luxemburg war ein bedeutender Erfolg, der die Handschrift von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Luxemburger Regierungschef, Jean-Claude Juncker, trägt.“

Thomas Mann, MdEP

6,9 Prozent mehr Lehrstellen

Das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Bundesverwaltung um über drei Prozent gegenüber 1996 zu erhöhen, hat Mitte Mai die Bundesregierung beschlossen. Das Ergebnis übertrifft das gesteckte Ziel: Mit 2 923 Auszubil-

denden bei der unmittelbaren Bundesverwaltung und 1 598 bei der mittelbaren sind in der gesamten Bundesverwaltung 4 521 Neueinstellungen zu verzeichnen. Das ist eine Steigerung gegenüber 1996 um 6,9 Prozent.

SU gegen Ausbildungsabgabe

„Zwangsabgaben schaffen keine Lehrstellen.“ Mit dieser Feststellung hat sich Christian Jung, Bundesvorsitzender der Schüler Union, gegen eine Ausbildungsabgabe ausgesprochen, wie sie das SPD-„Sofortprogramm zur

Jugendarbeitslosigkeit“ vorsieht. Was für die Kosten der Verwaltung einer solchen „Lehrstellensteuer“ aufgebracht werden mußte, würde z. B. für Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung bei den Arbeitsämtern fehlen.

In schwierigen Zeiten auf gutem Kurs

Die 2. und 3. Lesung des Nachtrags-
haushalts 1997 und des Haushalts 1998
haben deutlich gemacht, daß die SPD
außer virtuellen Haushaltsphantasien,
kleinlichen Haushaltstüfteleien, gehässiger
Aufmischerei und anhaltender Polemik
keinerlei Lösungen und Konzepte
in der Finanzpolitik vorzuweisen hat.

Reform des Steuersystems notwendig

An erster Stelle der notwendigen Reformen steht dabei eine Steuerreform, die mit niedrigeren Sätzen und breiterer Basis wieder mehr Geld in die Kassen bringt. Diese Reform blockiert die SPD – und damit untergräbt sie die wirtschaftliche Dynamik und arbeitsplatzschaffende Investitionen!

Sie lehnt die große Steuerreform ab, weil sie angeblich zu einem „Ruin der öffentlichen Kassen“ führe. Das hat die SPD 1986/88/90 bei der dreistufigen Steuerreform auch behauptet – und das Gegenteil ist eingetreten: Sinkende Lasten, mehr Beschäftigung, sanierte Staatskassen. Die SPD braucht eine politische Frischzellenkur! Die Crash-Spekulation der Opposition in Sachen Bundeshaushalt ist gescheitert. Die Koalition hat die Anfang September festgelegte Marschroute durchgehalten, die Risiken realitätsnah bewertet, eine Politik der Vorsorge betrieben und im Ergebnis Haushaltsbelastungen von insgesamt 21 Mrd. Mark allen Unkenrufen zum Trotz aufgefangen.

Eckwerte 1997/1998 eingehalten

Die Gesamtbilanz der schwierigen Haushaltsoperation 1997/98 ist nach Lage der

Dinge schlüssig und hat zu akzeptablen Ergebnissen geführt:

- Die Kreditaufnahme beider Haushaltsjahre bleibt um insgesamt 1,7 Mrd. Mark unter den Ansätzen der Regierungsentwürfe; sie sinkt 1998 auf 56,4 Mrd. Mark, der Artikel 115 Grundgesetz wird eingehalten.
- Durch Risikovorsorge und strikte Ausgabenkompression tragen wir der angespannten Haushaltslage im gebotenen Umfang Rechnung.

Von Adolf Roth, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Der Haushalt ist stabilitätsgerecht und flankiert die Politik der wirtschaftlichen Gesundung.
- Der Haushalt ermöglicht die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion.

Wir haben uns aus dem Größten herausgearbeitet und die Talsohle überwunden. Für das Haushaltsjahr 1998 waren Mehrbelastungen von rund 14 Mrd. DM zu bewältigen. Allein die Steuerminderungen des Bundes belaufen sich auf 9 1/2 Mrd. DM. Der seit Jahren erkennbare Trend zu intensiver Nutzung von Steuersparmöglichkeiten setzt sich wegen der unverändert hohen Steuersätze unvermindert fort. Niemand kann mehr leugnen, daß bei den Steuern dringender Handlungsbedarf besteht.

SPD – rückständig und provinziell

Die Opposition hat bis heute keine ernst zu nehmende Alternative zu dem vom Bundestag beschlossenen Steuerreform-Gesetz vorgelegt. Die SPD hat sich nicht nur nach dem nationalen Expertenurteil völlig isoliert. Sie sind überhaupt die rückständigsten Sozialdemokraten in ganz Europa! Ihre Verweigerung stößt doch sogar bei prominenten SPD-Genossen auf harsche Kritik. Der Berliner Politikwissenschaftler Hartmut Jäckel, langjähriges SPD-Mitglied, schreibt an Herrn Scharping – nachzulesen in der F.A.Z. vom 1. November: „Ihr verkennt die Stimmung im Lande und seid mit der Weigerung, außerdeutsche Erfahrungen aufzunehmen, schlicht provinziell.“ Und der Düsseldorfer SPD-Fraktionsführer Matthies verlangt vor zwei Wochen – an seinen Parteichef Lafontaine gerichtet, das „elende Taktieren“ zu beenden und aus dem Bremserhäuschen herauszukommen, weil sonst die ganze Politikerkaste von den Menschen aus dem Tempel gejagt werde.

Mittlerweile sind sogar einige Grünen-Politiker konzeptionell weiter als die SPD-Parteispitze. Wenigstens sie haben begriffen, daß nicht alleine die steuerlichen Ausnahmen – genannt „Schlupflöcher“ – das Problem sind, sondern das Zusammentreffen von zu hohen Steuersätzen mit den vielen Ausnahmen.

Wenn man diesen Befund akzeptiert, kann man über jedes Volumen und jede Schrittfolge miteinander reden. Man muß es aber wollen! Und man muß kompromißfähig sein!

Indem sich die SPD in zunehmendem Maße zum verlängerten Arm ihrer Partei- und Länderstrategie machen läßt, verweigert sie die Wahrnehmung bundespolitischer Finanzverantwortung. Seit Jahren schon haben auch führende Haushaltspolitiker der SPD – wie Rudi Walther oder Helmut Wiczorek – auf die gegen den

Bund gerichtete Bedienungsmentalität der Länder hingewiesen. In den sogenannten „Vermittlungsverfahren“ der 90er Jahre ist die Quoten-Aufteilung des gesamtstaatlichen Steueraufkommens geradezu auf den Kopf gestellt worden: 1998 werden die Bundesländer mit 41,7 Prozent endgültig den Bund bei den Einnahmen übertrumpfen, der dann mit 40,8 Prozent des Steuerkuchens auskommen muß.

1991 hatte der Bund noch eine Quote von 48 Prozent und lag damit um 13,6 Prozent-Punkte über dem Länderanteil von 34,4 Prozent.

Reform der Finanzverfassung

Diese geradezu unglaubliche Verschiebung der Gewichte ist – betrachtet man die Kreativität der Länder bei zusätzlichen „Kompensations“-Forderungen – nicht nur ein quantitatives Verteilungsproblem, sondern wächst sich zu einem qualitativen Strukturproblem aus, das früher oder später eine Reform der deutschen Finanzverfassung unausweichlich macht. Der Bundesfinanzminister hat mit Recht in der 1. Haushalts-Lesung am 9. September auf die Renovierungsbedürftigkeit unseres „im Grundsatz bewährten Systems des Föderalismus“ hingewiesen. Es geht ihm dabei nicht um mehr Zentralismus, sondern um die Stärkung der Eigenverantwortung von Bund und Ländern. Beide Ebenen müssen dabei finanzpolitisch zentrale Politikkonzepte autonom durchsetzen können.

Das hieße konkret mehr Trennschärfe bei den Aufgaben, mehr Wettbewerb in der politischen Umsetzung, Überwindung des lähmenden Konsenszwanges.

Und das hieße auch eine Überprüfung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs mit seiner schädlichen Tendenz zur Übernivellierung und Bestrafung der politisch Erfolgreicheren.

Nun hat aber auch der Sachverständigenrat bohrende Kritik an diesem unsäglichen

„Gegeneinander im föderalen System“ geübt. Er sieht in den „derzeitigen Regelungen der Finanzverfassung“ eine wesentliche Ursache für Blockade und Stillstand und fordert, auf dem Feld der föderalen Finanzbeziehungen den Grundsatz der Autonomie durchzusetzen, die Länder stärker an der konkurrierenden Gesetzgebung zu beteiligen, vor allem die steuerlichen Gesetzgebungskompetenzen klarer zu trennen.

Es ist zu befürchten, daß solche Appelle in einem Wahljahr wenig fruchten. An der Dringlichkeit einer Modernisierung unserer Finanzverfassung ändert dies aber nichts! Dem Hamburger Finanzwissenschaftler Krause-Junk, einem Mitglied der Steuerreformkommission, ist zuzustimmen, wenn er in der „Welt am Sonntag“ vom 26. Oktober schreibt: „Ändert die Finanzverfassung ...! Dann kann auch eine politische Mehrheit ihre Steuerreform durchsetzen, und die Minderheit kann für die nächste Wahl ihr eigenes Programm dagegensetzen. Es ist nicht der große Runde Tisch, sondern der Wettbewerb um die Plätze am kleinen Tisch, der demokratische Reformen herbeiführt.“

Gewaltige Belastungen im Sozialbereich

Zurück zum Bundeshaushalt 1998. Nach einem Ausgabenrückgang von 2,4 Prozent in diesem Jahr erreicht der Etat 98 mit 456,8 Mrd DM wieder das Volumen von 1996, das er um lediglich 0,3 Prozent übertrifft. Gegenüber dem Regierungsentwurf mußten zusätzlich 3 Mrd DM für die Arbeitslosenhilfe und auch 1,5 Mrd DM mehr Zuschuß an die Rentenkassen eingestellt werden, falls der Beitragsanstieg auf 21 Prozent nicht mehr abwendbar ist.

In beiden Feldern neuer Rekord:

- Arbeitsmarkt: 45,6 Mrd. DM
– das Fünffache von 1991 –
- Rentenzuschüsse: 90,4 Mrd. DM
– jede fünfte Haushaltsmark –.

Seit Herstellung der deutschen Einheit haben sich die Rentenzuschüsse mehr als verdoppelt (1990: 40,4 Mrd DM). Der Sozialhaushalt des Bundes hat die Rekordmarke von 176 Mrd. Mark überschritten. Das sind 38,6 Prozent der Gesamtausgaben. Alleine in den beiden Jahren 1997 und 1998 belasten die Renten- und Arbeitsmarktausgaben den Etat mit zusätzlich 24 Mrd DM, ohne daß über eine „Gegenfinanzierung“ diskutiert worden ist.

Die steuerfinanzierten Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungskassen erreichen eine Summe von über 136 Mrd. Mark. Dieser Betrag deckt ziemlich sicher die sog. „versicherungsfremden“ Leistungen ab und relativiert die streitige Umfinanzierungsdiskussion. Sie ist ohnehin kein Beitrag zur Senkung der Staatsquote und kann Strukturreformen nicht ersetzen. Seit Jahren absorbieren die Sozialtransfers den gesamten Anstieg der Bundesausgaben, mit allen negativen Folgen für die operative Handlungsfähigkeit des Staates. Wer wie die SPD angesichts solcher Zahlen davon redet, der Bund habe „nachgeordnete Kassen um Milliardenbeträge erleichtert“, der hat offenbar in die falschen Bilanzen geguckt!

Aufbau Ost wird fortgesetzt

Mit ebenfalls 90 Mrd. DM schlagen die Aufbau-transfers für die neuen Bundesländer zu Buche. Sie sind die nach wie vor wichtigste Investition in die gemeinsame Zukunft.

Wie mit den ostdeutschen Wirtschaftsmministern vereinbart, hat der Haushaltsausschuß die Wirtschaftsförderungsmittel um 200 Millionen Mark im Baransatz sowie um 309 Mio DM bei den Verpflichtungsermächtigungen erhöht. Die GA-Ost gehört neben der steuerlichen Investitionszulage zu den wichtigsten Instrumenten

der Investitionsförderung in den neuen Bundesländern und zur Schaffung von überregional wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Bis 1997 hat der Bund hierfür insgesamt 21,6 Mrd. Mark bereitgestellt. Die Entlastungen im Bereich der Treuhandnachfolgeeinrichtungen BvS und TLG in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd. Mark führen zu keinerlei Einschränkungen im operativen Geschäft.

Im parlamentarischen Haushaltsverfahren haben die Koalitions-Haushälter per Saldo rund 1,3 Mrd. Mark eingespart. Man muß sich in Erinnerung rufen, daß wir seit Jahren schon im wahrsten Sinne des Wortes „auf der Ausgabenbremse stehen“ und daß es immer schwieriger wird, im Rahmen der Haushaltsberatungen noch substanzielle Einsparungen zu realisieren. Dennoch gibt es einstweilen keine Alternative zur Rotstift-Politik!

Schlanker Staat

Das gilt namentlich für den Personalhaushalt des Bundes, der seit 1991 von 381.000 Stellen um 67.000 auf nunmehr 314.000 Stellen zurückgeführt worden ist. Bis zur Jahrhundertwende werden in der Bundesverwaltung weniger Beschäftigte sein als 1989 in der alten Bundesrepublik. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Es setzt voraus, daß die staatlichen Aufgabenprofile und Organisationsstrukturen wirklich „schlanker“ werden. Das heißt, wir müssen dem Regulus- und Vorschriftenstaat zu Leibe rücken und die Entschlackungsprozesse energischer als bisher voranbringen!

Die abschließenden Konsolidierungsentscheidungen der Koalition standen im engsten zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der aktualisierten Steuer-schätzung vom 12. November. Diesem Termin wurde nicht nur seitens der Opposition eine dramatische Bedeutung zugemessen. Sie gipfelten in der Forderung nach einem Aussetzen oder Vertagen der Etatberatungen. Theo Waigel und die Ko-

alition waren auf das Datenbild der Schätzung vorbereitet, und noch am Tage der Verkündigung sind die notwendigen Beschlüsse gefaßt worden, ohne Ausweitung des Haushaltsdefizits und strikt innerhalb der Grenzen des vorgesehenen Haushaltsrahmens.

Tilgungsstreckung verantwortbar

Neben den schon erwähnten Entlastungen von 2,3 Mrd. Mark im Treuhand-Nachfolgebereich wurden weitere 3,2 Mrd. Mark je hälftig durch Ausgabenkürzungen und Erhöhungen bei den Verwaltungseinnahmen gedeckt. Die zusätzliche Verlagerung von 8 Mrd. Mark Einnahmen aus der Telekom-Privatisierung in das Haushaltsjahr 1998 wurde möglich durch eine sachlich gerechtfertigte Begrenzung der Tilgungen im Erblastentilgungsfonds (ELF) mit einer Entlastungswirkung von 6 Mrd. Mark in diesem Jahr.

Es ist festzustellen, daß trotz dieser Herabsetzung und ohne daß auch nur eine einzige Mark aus den Bundesbankgewinnen angetastet wird, jährlich 1,3 Prozent der dem Bund aufgebürdeten DDR-Erblasten von 350 Mrd. Mark getilgt werden – neben den hohen Zinslasten. In der Summe belaufen sich die aus dem Bundeshaushalt geleisteten Tilgungen in den Jahren 1995 bis 1998 auf 17,8 Mrd. Mark. Hinzu treten bis jetzt 8,3 Mrd. Mark aus den Gewinnabführungen der Bundesbank. Damit ist das Ziel einer kontinuierlichen Rückführung der Erblast-Schulden und die ins Auge gefaßte Tilgung dieser Schulden innerhalb einer Generation absolut gewährleistet. Der SPD-Vorwurf einer Tilgungsaussetzung und verweigerter Schuldentrückzahlung ist mit diesen Zahlen eindeutig widerlegt und zurückzuweisen.

Beitrag des Bundes zur Senkung der Staatsquote

Trotz aller Schwierigkeiten bleibt die restriktive Ausgabenlinie uneingeschränkt intakt:

Die Ausgaben des Bundes weisen gegenüber 1992 – unter Berücksichtigung der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs 1996 – lediglich einen Gesamtanstieg von gut 10 Prozent aus. Dieses Ist-Ergebnis kann sich sehen lassen: Der jährliche durchschnittliche Anstieg der Bundesausgaben liegt unter 2 Prozent und bleibt, wie von der Koalition beschlossen, um mehr als die Hälfte hinter dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von jahresdurchschnittlich 4 Prozent zurück.

Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik hat ein Bundesfinanzminister – und hat das Parlament als Haushaltsgesetzgeber – in einem einzigen Jahrzehnt eine so unglaublich weitreichende Veränderungslast zu schultern gehabt wie angesichts der Wiedervereinigung und der weltweiten Umbrüche. Und dennoch sind die Ausgaben des Bundes – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – mit jetzt knapp 12 Prozent niemals niedriger gewesen als heute. Zu SPD-Regierungszeiten lag diese Quote regelmäßig um ein Viertel höher bei 15 Prozent. Auch die Nettokreditaufnahme

1998 hält mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jeden Vergleich aus (1975 = 2,9 Prozent, 1982 = 2,3 Prozent).

Die Haushaltspolitik stößt zunehmend an ihre funktionalen Grenzen. Ihr Instrumentarium ist nämlich nicht dazu geeignet, blockierte Strukturformen längerfristig auszugleichen. Wir wissen auch um die gerade deshalb fehlende Nachhaltigkeit der Konsolidierung und nehmen die Kritik des Sachverständigenrates und der Bundesbank ernst. Und wir wissen auch, daß wir nicht durch kunstvolle Aktionen der „Umfinanzierung“ eine notwendige Behandlung an der Wurzel ersetzen können, wenn Schwarzarbeit die registrierte Arbeitslosigkeit übertrifft und das „zweite Sozialprodukt“ der Schattenwirtschaft auf über 500 Mrd. Mark im Jahr explodiert ist.

Weil das so ist, führt kein Weg an den von der Koalition beschlossenen Reformen vorbei. Die SPD ist im Interesse der Zukunftsfähigkeit Deutschlands aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben.

Sport-Großereignisse müssen auch zukünftig im Fernsehen unverschlüsselt bleiben

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zur anhaltenden Diskussion über die Verwertungsrechte der Fußball-Weltmeisterschaften:

Die Umsetzung der Europäischen Fernsehrichtlinien gibt den Ministerpräsidenten der Länder die Möglichkeit, eine Liste national und international bedeutsamer Sportveranstaltungen zu erstellen, die im Fernsehen unverschlüsselt gezeigt werden müssen. Auf eine solche Liste sollten sich die Mini-

sterpräsidenten unverzüglich verständigen.

Was die Fußball-Weltmeisterschaften 2002 und 2006 betrifft, so ist mit den Erwerbern der Verwertungsrechte eine Vereinbarung auf freiwilliger Basis zu treffen, die die unverschlüsselte Übertragung aller Spiele der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft sicherstellt. Sollte das nicht möglich sein, muß dies durch einen Rundfunkstaatsvertrag geregelt werden. Für die unverschlüsselte Übertragung sind allein die Ministerpräsidenten verantwortlich.

Haushalt 1998: Weichen für die Zukunft gestellt

Sieben Jahre nach dem Ende der DDR und dem Start des Aufbaus in den neuen Bundesländern, kann sich unser Land selbstbewußt sehen lassen.

Die Inflationsrate ist in den vergangenen Jahren permanent gesunken. Der Leitzins hat seit langem einen außergewöhnlich niedrigen Stand erreicht. Die für Investitionen entscheidenden langfristigen Zinsen halten im internationalen Vergleich ein absolut niedriges Niveau. Der Aufbau der Infrastruktur in den neuen Länder ist parallel dazu entscheidend vorangekommen. Für die Verkehrswege beispielweise wurden seit dem zweiten Halbjahr 1990 rund 68 Mrd. DM investiert. Dies sind rund 44 Prozent aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes.

Allein 36 Mrd. DM flossen in den Ausbau des Bundesschienenwegenetzes, für Bundesfernstraßen wurden 18 Mrd. DM und für Wasserstraßen eine Mrd. DM investiert. Bisher wurden etwa 5.000 km Schienenwege sowie insgesamt rund 11.000 km Straßen um-, neu- und ausgebaut. Nie zuvor wurde in Europa in so kurzer Zeit die Infrastruktur einer Region in einem solchen Umfang modernisiert. Ein weiteres Beispiel: Die Deutsche Telekom hat ihr Aufbauprogramm „Telekom 2000“ in diesen Tagen abgeschlossen – früher als ursprünglich vorgesehen. Mit einem Investitionsvolumen von 50 Mrd. DM hat das Unternehmen in den neuen Bundesländern das modernste Telefonnetz der Welt geschaffen.

Die notwendigen Finanzmittel, um die zügige Anpassung der Lebensverhältnisse an das westdeutsche Niveau zu ermöglichen und zur Beseitigung der durch den Sozialismus verursachten Lasten im sozialen,

ökonomischen und ökologischen Bereich, hat seit 1990 im wesentlichen der Bund getragen. Es gibt kein Land in der Europäischen Union oder unter den führenden Wirtschaftsnationen, das gegenwärtig auch nur annähernd derartige Anstrengungen zu verkraften hat. Dennoch hat Deutschland den drittniedrigsten Schuldenstand unter den sieben großen Wirt-

**Von Joachim Hörster,
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

schaftsnationen und den fünftniedrigsten Schuldenstand innerhalb der Europäischen Union.

Ohne die besonderen Anstrengungen zur Herstellung der inneren Einheit hätten wir die niedrigste Schuldenquote unter den großen Wirtschaftsnationen und die zweitniedrigsten Schuldenquote innerhalb der EU.

Sicherlich, wir haben immer wieder in der Finanz- und Haushaltspolitik nachsteuern müssen, denn es gab für die sich mit der deutschen Einheit stellenden Herausforderungen kein Beispiel, dessen Erfahrung wir hätten nutzen können. Dennoch hat unsere Haushalts- und Finanzpolitik dazu geführt, daß sich die Ankündigungen vieler Propheten nach der deutschen Einheit, die D-Mark würde inflationär und die Zinsen in schwindelerregende Höhen steigen, als falsch und miesmacherisch erwiesen haben.

Der Haushalt für das Jahr 1998, den wir in dieser Woche verabschiedet haben, belegt,

„Das Horn, das zum Stillstand bläst“

„Vor allem zu Lasten der SPD“ wird sich der verheerende Eindruck auswirken, den das Scheitern der Steuerreform in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe.

Mit dieser Kritik an der Blockadestrategie der SPD hat sich der Berliner Politologe und (30 Jahre lang) Sozialdemokrat, Professor Hartmut Jäckel, in einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Scharping, gewandt und ihm zum Vorwurf gemacht, die Stimmung im Lande zu verkennen.

Zwei Meinungen beherrschen – so Professor Jäckel – die öffentliche Diskussion:

Erstens: „Die Regierung wollte handeln, aber die SPD hat sie via Länderkammer daran gehindert.“

Zweitens: „Die SPD-Blockade war wahltaktisch motiviert. Selbst Genos-

sen äußern einen solchen Verdacht, aber nur wenige finden das in Ordnung.“

Eine „einleuchtende Position“ der SPD wäre gewesen, einer Nettoentlastung in der Erwartung zuzustimmen, „daß die Steuerreform – mit einem Spitzensteuersatz von etwa 40 Prozent – Investoren ins Land holt, neue Arbeitsplätze schafft und eine Konjunkturbelebung fördert, die letztlich allen zugute kommt“.

Nur eine derart bündige Aussage hätte Aussicht gehabt, von den Menschen verstanden und auch gebilligt zu werden. Längst seien die Bürger der gegenseitigen Vorwürfe überdrüssig und finden keinen Gefallen an dem Horn, „das zum Stillstand bläst“.

Jäckel: „Verabschieden wir uns also beherzt von den fiskalischen Anomalitäten. Schließlich leben wir nicht auf einer weltentrückten Insel.“

daß wir trotz schwieriger Arbeitsmarktbedingungen, nicht nur unverändert den Aufbau in den neuen Ländern zügig vorantreiben, sondern auch alle Bedingungen für die Teilnahme an der gemeinsamen europäischen Währung erfüllen. Dies ist eine hervorragende und auch international anerkannte Leistung der Bundesregierung und der sie unterstützenden Koalitionsfraktionen.

Wir haben in den zurückliegenden Monaten eine Reihe von Reformvorhaben verwirklicht und weitere Reformen auf den Weg gebracht, um unser Land auf die Herausforderungen der nächsten Jahre einzustellen. Anerkannte nationale und internationale Institute, wie z. B. die Bundesbank

und die OECD, haben ausdrücklich unsere Konzepte und Reformvorhaben begrüßt und eindringlichst appelliert, diese im Interesse unseres Landes schnellstens umzusetzen.

Dieser sachverständige wirtschaftspolitische Rat stößt bei den Sozialdemokraten unter Oskar Lafontaine im Ergebnis auf taube Ohren. Die SPD betreibt eine rückwärtsgerichtete Politik des Stillstands, verweigert sich der Verantwortung, die sie im Bundesrat mitträgt, und riskiert Schaden für unser Land. Der Bundeshaushalt für das Jahr 1998 belegt, daß die Unionsfraktion dies nicht hinnimmt und tatkräftig und entschlossen die richtigen Weichen für die Zukunft stellt. ■

Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland

Die „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Lösung der Probleme des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern. Der vom Prinzip gemeinsamer Verantwortung getragene Beschäftigungspakt Ost muß fortgesetzt und zukünftig noch stärker zum Ausgangspunkt für Initiativen zur Belebung der ostdeutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes werden.

Trotz bemerkenswerter Anstrengungen aller Beteiligten und ungeachtet der bisherigen Erfolge konnten die selbstgesteckten Beschäftigungsziele bislang nicht erreicht werden. Zur Dynamisierung der ostdeutschen Wirtschaft bedarf es weiterer Initiativen auch der neuen Länder selbst. Hierzu unterbreiten die CDU-Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder folgende Vorschläge:

1. Die neuen Länder müssen sich verpflichten, in ihren Haushalten wachstumsorientierte Prioritäten zu setzen. Die Selbstverpflichtung zu einer hohen Investitionsquote (Beispiel Sachsen: 30%) bei strenger Haushaltsdisziplin könnte im Sinne der Zielstellung des Beschäftigungspaktes einen Betrag der Stärkung der Wachstumskräfte liefern.

2. Die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes sollten sich über die eingegangenen Zusagen hinaus zu einer besonderen Zurückhaltung bei der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes verpflichten. Dieser darf nicht Lohnführer in den neuen Ländern sein. Die Möglichkeiten einer leistungsbezogenen Flexibilisierung müssen erweitert werden.

3. Für die Länder ist es besonders dringlich, daß die Wirtschaftsdynamik in Deutschland nicht länger durch eine Blockade der Steuerreform behindert wird. Die Fraktionsvorsitzenden fordern eine Selbstverpflichtung der Ministerpräsidenten aller neuen Länder, sich für eine Durchsetzung der Entscheidungen zur großen Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode einzusetzen.

Die Entwicklung der Lohnnebenkosten, insbesondere der Sozialversicherungsbeiträge, muß Gegenstand der Beratungen im Beschäftigungspakt Ost sein. Die Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder erteilen eine klare Absage an Pläne einer Regionalisierung der Beitragserhebung für Sozialversicherungen und erwarten die Bereitschaft, insbesondere der neuen Länder, an Konzepten der Kostenentlastung (einschließlich der Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen) konstruktiv mitzuwirken. Die neuen Länder müssen ihre Bereitschaft bekunden, die Vorlagen des Bundestages zur Rentenreform im Bundesrat zu unterstützen.

Die Fraktionsvorsitzenden regen eine gemeinsame Bundesratsinitiative der neuen Länder sowie eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund und Ländern an mit dem Ziel, durch Öffnungsklauseln in Bundesgesetzen in den neuen Ländern bisherige vereinfachte Regelungen beizubehalten und weitere Möglichkeiten für landesrechtliche Sonderregelungen zur Deregulierung und Flexibilisierung einzuräumen (z. B. Beibehaltung der Gesamtvollstreckungsverordnung oder verkürzte Genehmigungsverfahren usw.).

Das leistungsfähigste Jagdflugzeug, das derzeit auf dem Markt ist

Zum sicherheitspolitisch wichtigen Rüstungsprojekt eines Europäischen Jagdflugzeugs erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 26. November:

Für den sog. Eurofighter sind 1998 ca. 847 Mio. DM im Haushalt veranschlagt. Insgesamt kostet das Projekt ca. 23 Mrd. DM. Deutschland muß in der Mitte Europas zur Landes- und Bündnisverteidigung, auch in der Luft, fähig sein und einen Beitrag für eine weiträumige Luftverteidigung als Krisenvorsorge leisten. Dies will auch die SPD.

Nun wird argumentiert: zu teuer, nicht jetzt, das geht zu Lasten der Bildung, der sozialen Sicherheit usw. Dabei wird von der SPD der Eindruck erweckt, das gesamte Geld werde jetzt fällig und der Verteidigungsetat steige.

Die Kosten von 23 Mrd. DM erstrecken sich aber über mehr als 20 Jahre. Das heißt, pro Jahr werden aus dem Verteidigungsetat etwa 1,5 Mrd. DM ausgegeben. Dieses Investitionsvolumen ist verantwortbar. Dafür wird aber der Verteidigungsetat nicht erhöht.

Wir entscheiden uns mit dem EF-2000 für europäische Rüstungskoooperation, Wettbewerbsfähigkeit, Technologieerhalt und den Wirtschaftsstandort Deutschland – mit

einem Satz: wir entscheiden uns für Sicherheit und Stabilität in Europa!

Die SPD gleicht in der Frage des Eurofighters einem Hühnerhaufen. Was ist das für ein Eiertanz, wenn die Verteidigungspolitiker die Notwendigkeit eines Jagdflugzeugs betonen, zugleich aber den Eurofighter ablehnen?

Sie lassen auch offen, welches Flugzeug Sie sich denn vorstellen: die französische Rafale oder die amerikanische F-22? Wer diese Flugzeuge fordert, sollte dem Bürger auch sagen, daß sie erheblich teurer sind als der Eurofighter.

Nach vorläufigen Schätzungen kostet die F-22 mit ca. 250 Mio. DM fast doppelt soviel wie der Eurofighter, und die Rafale mit 180 Mio. immerhin 50 Prozent mehr als der EF-2000.

Ministerpräsident Schröder sagt aber sinngemäß: wenn der Eurofighter sicherheitspolitisch begründet und der Preis darstellbar ist, dann ist es vernünftig, ihn gemeinsam mit unseren Partnern zu beschaffen. Was er sagt, ist absolut logisch. Weil das so ist, werden wir den Eurofighter ja auch beschaffen.

Auch wenn Sie den Eurofighter in Ihrem Antrag als technisch unausgereiftes Entwicklungsrisiko abqualifizieren – alles Nebel! Es bleibt dabei: Er ist das leistungsfähigste und kostengünstigste Jagdflugzeug, das derzeit auf dem Markt ist!

80.000 neue Stellen: Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt zur Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge würde nach Schätzungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung innerhalb von drei Jahren 80.000 Arbeitsplätze schaffen. Das Institut: Dieser positive Effekt sei auf die Entlastung der Unternehmen von Arbeitskosten zurückzuführen.

Schröder = Sprüche statt Taten

Beispiel Bildung

Vor der Landtagswahl 1994 erklärte die SPD: „Wir müssen sparen. Überall. Aber niemals werden wir auf Kosten unserer Kinder sparen!“ (Flugblatt der SPD, Februar 1994) Sie versprach, bis 1998 mindestens 6.000 junge Lehrkräfte einzustellen und die Investitionen in die Hochschulen zu verdoppeln. Was ist aus diesen Versprechen geworden?

Wahlversprechen gebrochen: Kein Geld für Lehrerstellen

In dieser Legislaturperiode wurden bei 90.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern 3.000 Vollzeitlehrerstellen ersatzlos gestrichen. Die freiwerdenden Stellen werden nur noch zur Hälfte – und das mit Teilzeitkräften – besetzt. An den Beschluß der SPD-Landtagsfraktion, ab 1998 jede freiwerdende Stelle zu besetzen, glaubt nicht einmal der SPD-Finanzminister mehr: „Es wird außerordentlich schwierig sein, dieses Ziel zu erreichen.“ [...] Er jedoch sei Realist und deshalb bleibe für ihn ein Vorbehalt, wenn nicht genügend Geld vorhanden sei, müsse es auch im nächsten Jahr beim bisherigen Grundsatz bleiben, daß nur jeder zweite der etwa 1.600 pensionierten Pädagogen einen Nachfolger bekommt.“ (HAZ, 16. 7. 1997) Durch Willi Waikes Rückzugsgefecht wird der Versuch der Wähler-täuschung offenbar.

Für Egbert Henkel, Vorsitzender des Kreisverbandes Hann. Münden der GEW, ist Gerhard Schröder ohnehin der „erfolgreichste Jobkiller im Bildungswesen“. „Schröder habe sich zum Thema Schulen immer wieder mit populistischen Sprüchen und Lehrer-Schelte hervorgetan, aber Nie-

dersachsen zum Schlußlicht in der Lehrerversorgung in der gesamten Bundesrepublik gemacht.“ (HNA, 17. 10. 1997)

Sinkende Unterrichtsversorgung

Die Erteilung des Pflichtunterrichts ist nicht mehr gewährleistet. Die Zahl der Unterrichtsstunden pro Schüler ist seit Schröders Regierungsübernahme um 14 % Prozent gesunken. Dies ist so, als wäre eine DM nur noch 86 Pfennig wert. Kein Wunder also, daß der Landeselternrat sich „äußerst besorgt wegen des Ausfalls von Unterricht an niedersächsischen Schulen“ zeigt. „Es gibt Schulen, an denen nur 80 % des vorgesehenen Unterrichts gegeben wird“, so der Vorsitzende des Landeselternrates, Jürgen Werner. (Weser-Kurier, 17. 11. 1997)

Der Vorsitzende des Stadelternrates Emden, Hans-Peter Böhmer, beklagte, daß Niedersachsen zu den Bundesländern zähle, in denen der Bildungsabbau in den vergangenen Jahren fast „systematisch“ betrieben worden sei. „Wir sind bei der Unterrichtsversorgung auf der untersten Stufe angelangt.“ (Emder Zeitung, 8. 11. 1997)

Keine Perspektive für junge Lehrer

Im Jahre 1990 betrug das Durchschnittsalter der Lehrer 43,7 Jahre. Heute beträgt es 48,3 Jahre. Bei den Realschullehrern ist es auf über 50 Jahre angestiegen. Damit können an Niedersachsens Schulen nun die Großeltern ihre Enkel unterrichten. Kein Wunder also, daß sich Kultusminister Rolf Wernstedt dem Spott ausgesetzt sieht, er strebe „nur einen Eintrag ins Guinness-

Buch der Rekorde an: als Kultusminister des Landes, in dem die jüngsten Kinder von den ältesten Lehrern unterrichtet werden“. (Braunschweiger Zeitung, 20. 11. 1997)

Ideologen auf dem Vormarsch: Einheitslehrer für die Einheitschule

Grund-, Haupt- und Realschullehrer sollen in Niedersachsen durch einen „Einheitslehrer“ ersetzt werden. Die Vertreter des Verbandes deutscher Realschullehrer (VDR) haben diese Schulpolitik der Landesregierung stark kritisiert: „Die Einheitschule ist der falsche Weg. [...] Dadurch wird das Bildungsniveau sinken.“ (HAZ, 8. 10. 1997) Weiter kritisierte der VDR: „Die Einheitslehrerausbildung ist der sichtbare Beginn des Ausstiegs aus dem gegliederten, begabungsgerechten Schulwesen.“ „Einheitslehrer für die Einheitschule“ lautet der berechtigte Vorwurf an die Landesregierung. (NOZ, 11. 9. 1997)

Falsche Signale in der Bildungspolitik

Die schulische Qualität in Niedersachsen wird systematisch untergraben durch:

- eine massive Förderung der Gesamtschulen
- die Angleichung von Haupt- und Realschulen
- langsame Auflösung der Sonderschulen im Primarbereich
- neue Grundsatzverordnungen ohne feste Stundentafelvorgaben
- eine schleichende Ausbildungsverkürzung über Stundentafelreduzierung
- die Förderung von unverbindlichen Lernentwicklungsberichten

- die Förderung der Einheitschule und Einheitslehrerausbildung für alle allgemeinbildenden Schulen außer Sonderschulen und Gymnasien.

Als sich die Grünen in Niedersachsen im Sommer 1997 gegen ein Sitzenbleiben von Schülern bei schlechten Noten aussprachen, fand die SPD-Abgeordnete Elke Müller diesen Vorschlag „ungeheuer sympathisch“. (HAZ, 11. 7. 1997)

Mieser Stil: Lehrer als Schröders Sündenböcke

Gerhard Schröder selbst war es, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Lehrkräften in Niedersachsen nachhaltig beschädigte. In einem Interview mit der Schülerzeitung „Die Wühlmaus“ am 29. 3. 1995 diffamierte er die Lehrer als „faule Säcke“. Auch wenn er sich inzwischen dafür entschuldigte, zeigt diese Äußerung, wie wenig Schröder von den heutigen Anforderungen an Lehrer im Schulsystem versteht. Damit befindet er sich in der Gesellschaft seines Kultusministers Rolf Wernstedt, dessen bildungspolitische Auffassungen auf einer Veranstaltung einen Lehrer sogar zu der Aussage provozierte: „Wann waren Sie zuletzt an einer Schule? Machen Sie einmal zwei Wochen ein kleines Praktikum bei uns, dann können wir anders über Fakten reden.“ (HAZ, Deister-Anzeiger, 11. 9. 1997).

Das Urteil des GEW-Chefs Richard Wilmers über Wernstedt fällt nicht besser aus: „Wir benötigen einen Kultusminister, der mit den Lehrkräften arbeitet, nicht gegen sie.“ (Nordreport, 26. 8. 1997)

Die Lehrer müssen die Versäumnisse der Landesregierung in der Bildungspolitik ausbaden. „Wer Lehrer faule Säcke nennt, schafft keine Motivation“, brachte der CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff die Sache auf den Punkt. Statt – wie es Aufgabe eines Regierungschefs wäre –

sich mit den Pädagogen zusammensetzen, beschimpft und demotiviert Gerhard Schröder knapp 80.000 arbeitende Menschen. Das ist ein schlechter Politikstil, den weder die Lehrer noch das Land Niedersachsen verdient haben.

Kürzungen an den niedersächsischen Hochschulen

Den Hochschulen wurden nahezu 1.300 Stelleneinheiten gestrichen und weitere Kürzungen in Höhe von über 300 Mio. DM aufgebürdet. Dabei stellte die „Wirtschaftswoche“ schon am 29. Juni 1995 fest, daß Niedersachsen in der anwendungsnahen Forschung „gewaltig hinterhinkt“.

Der Präsident der Technischen Universität Braunschweig, Prof. Dr. Bernd Rebe, wies in einer Pressemitteilung vom 30. 10. 1996 auf allgemeine Ausstattungsdefizite an den Hochschulen hin: „Das Land sei im Begriff, bei der Gewinnung hochqualifizierten Personals, insbesondere für Professorenstellen, in die Nähe der Berufungsunfähigkeit zu geraten. Niedersachsen drohe hier im Wettbewerb mit anderen Bundesländern endgültig auf die Verliererstraße zu geraten. Ein zentrales Element der wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit würde dadurch entfallen.“

Niedersachsens Bildungssystem ist nicht konkurrenzfähig!

Die Folgen des bildungspolitischen Niedergangs in Niedersachsen sind an einigen Beispielen sehr deutlich abzulesen:

- Unter den 13 geförderten internationalen Studiengängen durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ist nicht ein einziger aus Niedersachsen.
- Beim Bundeswettbewerb Informatik kam keiner der Preisträger aus Niedersachsen.

- Beim Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ 1997 kamen in den sieben Fachgebieten vier Sieger aus Bayern, einer aus Sachsen und zwei aus weiteren Bundesländern, jedoch nicht aus Niedersachsen, obwohl die jungen Menschen in Niedersachsen sicherlich keine schlechteren persönlichen Voraussetzungen mitbringen als die in Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen.

Hier wird allerdings sehr deutlich sichtbar, was die Vernachlässigung zielgerichteter Schul- und Bildungspolitik in Niedersachsen für die Zukunftschancen der jungen Generation bedeutet.

Fazit:

Die Kritik an der Bildungspolitik Gerhard Schröders zieht sich wie ein roter Faden durch die laufende Legislaturperiode:

► „Die Eltern des Landes Niedersachsen verfolgen fassungslos die Entwicklung der Schul- und Bildungspolitik. Das Vertrauen in ein verantwortungsbewußtes Handeln der Landesregierung ist zutiefst erschüttert.“ (Pressemitteilung des Landeselternrats, 12. 12. 1994)

► In Niedersachsen sind Eltern, Lehrer und Schüler aus Protest auf die Straße gegangen mit Transparenten, die ihre bildungspolitische Anklage auf den Punkt bringen: „Nicht blöder durch Schröder“ (Deister-Weser-Zeitung, 24. 5. 1997). Die Leute haben recht!

► „Fest steht: die SPD-Landesregierung in Niedersachsen versteht unter Bildungspolitik nur noch Abbau und Verwaltung. Der Stellenwert von Erziehung und Bildung ist bei der SPD-Landesregierung auf den Nullpunkt gesunken.“ (Richard Wilmers, Vorsitzender der GEW in Niedersachsen, Erziehung und Wissenschaft Nr. 6/7, 15. 6. 1995)

Schengener Abkommen in Österreich beim Flugverkehr umgesetzt

Am 1. Dezember 1997 ist in Österreich das Schengener Abkommen beim Flugverkehr umgesetzt worden. Mit den anderen Staaten des Schengener Abkommens (Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten, Italien, Spanien und Portugal) sind beim Flugverkehr die Personenkontrollen abgeschafft worden.

Als Kompensation zur freien Reisemöglichkeit im Schengenraum hat Österreich vertragsgemäß seine Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt und sich sowohl dem Schengener Informationssystem (SIS) als auch dem einheitlichen Verfahren bei der Vergabe von Einreisevisa aus Nicht-EU-Ländern angeschlossen.

Am 1. April 1998 werden die Personenkontrollen auch an den Landesgrenzen Österreichs und Italiens wegfallen. 1999 sollen Griechenland und die Nordische Paßunion (Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen und Island) folgen. Am 1. Januar 1999 soll zeitgleich mit der Währungsunion der Amsterdamer Vertrag in Kraft treten. Er sieht eine Vergemeinschaftung des Schengener Abkommens und den Ausbau von EUROPOL als Europäisches Kriminalamt mit operativen Befugnissen vor. Dies wird die Entscheidungsfindung und Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen Freizügigkeit und Innere Sicherheit wesentlich verbessern.

► „Sozialdemokratische Bildungspolitik [...] nähert sich ihrem Ende. [...] Die niedersächsische Landesregierung treibt in die große Bildungsflaute.“ (Prof. Dr. Manfred Bönsch, Universität Hannover, Erziehung und Wissenschaft Nr. 1, 16. 1. 1997)

► „Das Maß ist voll. [...] Keine Landesregierung hat in den letzten Jahren den Bildungsstandort Deutschland so verschlechtert wie die niedersächsische.“ (GEW-Kreisverband Diepholz, Kreiszeitung, 11. 10. 1997)

Wie bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 ist die niedersächsische Landesregierung von Gerhard Schröder auch 1998 wieder zu einer Bildungslüge bereit.

Vor der Landtagswahl 1990 versprach sie eine bessere Unterrichtsversorgung.
Nicht gehalten!

1994 versprach die SPD sogar, 6.000 junge Lehrkräfte einstellen, davon 1.100 auf zusätzlichen Stellen, und die Investitionen für Hochschulen zu verdoppeln. Auch dieses Versprechen wurde **nicht gehalten**, im Gegenteil, es wurde gekürzt und gestrichen.

Nun will die SPD-Landtagsfraktion ab 1998, der SPD-Kultusminister ab 1999, jede freiwerdende Stelle wieder besetzen – als Teilzeitstellen! Dies und die Finanzierungsvorbehalte des SPD-Finanzministers beweisen: Das Ganze ist nicht mehr als eine bildungspolitische Beruhigungsspielle vor den Landtagswahlen.

Seit 1990 führt Gerhard Schröder Niedersachsen in die Bildungsmisere. Seit 1994 ist er dabei, daraus eine Bildungskatastrophe zu machen. Dieser Bildungsdemontage Gerhard Schröders muß am 1. März 1998 ein Ende gesetzt werden, damit Bildung in Niedersachsen wieder eine Zukunft haben kann – mit Christian Wulff. ■

Sieg für die Kommunen in Niedersachsen

Ohrfeige für Gerhard Schröder

Der Staatsgerichtshof in Niedersachsen hat den kommunalen Finanzausgleich der niedersächsischen Landesregierung am 2. November dieses Jahres für verfassungswidrig erklärt, weil das Land 1995 und 1996 den Kommunen zuwenig Geld gegeben hat.

Nachdem das Gericht vor vier Monaten bereits den Landeshaushalt 1995 wegen der hohen Verschuldung verworfen hatte, ist dieses neue Urteil ein Beweis dafür, daß die Finanzpolitik von Ministerpräsident Schröder unsolid ist und daß er Finanzprobleme der Landesregierung auf Kosten der Kommunen löst.

Anteil gekürzt

Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs werden rund 18 Prozent der Steuereinnahmen des Landes an die Kommunen überwiesen. Seit 1995 ist der Anteil der Kommunen um jährlich 500 Millionen Mark gekürzt worden. Der Staatsgerichtshof hat dies als Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz gewertet, wonach das Land den Kommunen ausreichend Geld zu geben hat. Der Grundsatz der Verteilungssymmetrie sei verletzt, wenn die Kommunen stärker als das Land unter den zurückgehenden Steuereinnahmen zu leiden hätten.

Der Staatsgerichtshof fordert überdies, daß das Land genau festlegen müsse, wie die Kommunen die vom Staat übertragenen Aufgaben finanzieren können.

Nach der Steuerschätzung vom Mai 1997 werden die Länder in diesem Jahr erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Steuern einnehmen als der Bund:

Statt rund 50 Prozent fließen dem Bund in diesem Jahr nur 41,4 Prozent der Steuereinnahmen zu. Hingegen ist bei den Ländern in diesem Jahr eine Steigerung von rund 30 Prozent auf 41,5 Prozent der Steuereinnahmen zu verzeichnen.

Steuereinnahmen stagnieren

Während die Steuereinnahmen des Bundes seit 1994 um 40 Milliarden Mark gefallen sind, ist bei den Ländern in diesem Zeitraum eine Steigerung um 70 Milliarden Mark zu verzeichnen. Die Steuereinnahmen der Kommunen stagnieren seit 1992 bei rund 95 Milliarden Mark. Diese Steuerkraftverschiebung schlägt sich auch als Machtverschiebung zwischen Bund und Ländern nieder. Damit ist auch die Verantwortung der Länder für die Finanzausstattung der Kommunen gewachsen. Dieser Verantwortung sind die Länder in den letzten Jahren jedoch nicht gerecht geworden. Der Gemeindefinanzbericht 1997 des Deutschen Bundestages weist aus, daß die Zahlungen der Länder an die Gemeinden seit 1993 trotz stark gestiegener Ländereinnahmen gefallen sind.

Der im September 1997 neu gewählte Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, **Peter Götz** MdB, meint dazu: „Wir brauchen eine umfassende Gemeindefinanzreform. Die Finanzbeziehungen der unterschiedlichen Ebenen müssen neu definiert werden. Das ist ein größeres Paket, und es muß sicherlich sehr sorgfältig und sehr behutsam angegangen werden. Zu diesem Thema gehört auch, wie wir den Konsultationsmechanismus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verbessern.“

So kürzt die SPD bei der Bildung

Die Bilanz der roten- und rot/grünen Landesregierungen in Sachen Bildungspolitik ist verheerend. Ihre Bildungsabbaupolitik gefährdet die Zukunftschancen der jungen Generation.

Niedersachsen

● An niedersächsischen Hochschulen sind in dieser Legislaturperiode nahezu 1.300 Personalstellen ersatzlos gestrichen worden, die Hochschulmittel wurden nach dem Rasenmäherprinzip um über 300 Millionen DM gekürzt.

● Die reale Unterrichtsversorgung in Niedersachsen sinkt weiter. Die Schröder-Regierung hat in dieser Legislaturperiode bei insgesamt 90.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern 3.000 Vollzeitlehrerstellen ersatzlos gestrichen.

Saarland

● 600 Vollzeitstellen fehlen an Saarlands Schulen. Die Unterrichtsangebote werden weiter gekürzt: Die dritte Sportstunde ist bereits weggefallen.

● Das Sparpaket der Landesregierung für die Universität führt zum Abbau von 170 Stellen bis zum Jahr 2000.

Hessen

● An Hessens Schulen fallen 150.000 Stunden Unterricht pro Woche aus. Das ist der größte Unterrichtsausfall, den es je an Hessens Schulen gegeben hat.

● Die Situation an Hessens Hochschulen ist trostlos. Machmal müssen sich hundert Studenten **ein** Buch teilen. In Seminaren, die für 25 Teilnehmer angelegt sind, drängen sich teilweise 200 Studierende.

● In der Bibliothek des juristischen Seminars der Universität Frankfurt/Main muß-

ten zum Beispiel wegen plötzlicher Mittel-sperrungen und -kürzungen mitten im Jahr schon über 60 Zeitschriften sowie mehr als 20 Gesetzesblätter und Entscheidungssammlungen abbestellt werden.

● Die hessische Landesregierung streicht seit einigen Jahren den Landesetat für Forschung und Lehre rücksichtslos zusammen.

Schleswig-Holstein

● Die rot-grüne Koalition hat bereits in ihrem Bündnisvertrag angekündigt, daß sie trotz der um 5.000 ansteigenden Schülerzahl bis zum Jahr 2000 die Klassen vergrößern und den Stundenfehl mehrten will: „Der Unterricht wird bei den Stundentafeln im Gegenwert von etwa 500 Stellen gekürzt.“

● 1995/96 betrug der Unterrichtsfehl mehr als eine Million Stunden. Jede Woche werden in Schleswig-Holstein 27.000 Stunden weniger Unterricht erteilt als im Durchschnitt der Bundesländer.

Sachsen-Anhalt

● Die Regierung Höppner hat Ende 1994 vier Milliarden DM für den Hochschulbau in den nächsten zehn Jahren versprochen. Das entspricht jährlich 400 Millionen DM. 1996 stand knapp ein Drittel der Mittel zur Verfügung, wovon der Bund auch noch die Hälfte gezahlt hat.

Brandenburg

● Der Aufbau der Hochschullandschaft stockt. Der gesamte Einzelplan des Wissenschaftsministeriums (Forschung/Hochschulen/Kultur) soll bis zum Jahr 2001 von 1,05 Milliarden DM auf 948 Millionen DM zurückgehen und damit um über 100 Millionen DM gegenüber 1997 sinken. ■

Schwerpunkte für Wissenschaft und Bildung

Für leistungsfähige Hochschulen

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in den Ländern und im Bund sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erklärten gemeinsam zur Situation der Hochschulausbildung in Deutschland:

Wir wollen eine Aktionspartnerschaft von Bund, Ländern und Hochschulen zur Verbesserung der Situation an den Hochschulen. Diese Initiative muß sowohl die Finanzprobleme wie auch die Strukturprobleme der deutschen Hochschulen angehen:

1. Jede Maßnahme zur Verbesserung der Situation muß zunächst die schwerwiegendsten Auswirkungen der aktuellen Krise beseitigen, um dann Strukturveränderungen herbeiführen zu können. Dabei sind der Bund und die Länder in einer schwierigen finanziellen Lage. Die Staatsquote muß zurückgeführt werden. Dennoch ist es geboten, den Hochschulbereich von Kürzungen auszunehmen. Auf die Hochschulen bezogen, bedeutet dies konkret, die Mitteleinsätze für Forschung und Lehre – z. B. wissenschaftliches Hilfspersonal, wissenschaftliche Literatur, Geräte für Lehre und Forschung – nicht zu reduzieren.

Es ist jetzt Klarheit über die Hochschulbudgets bis zum Jahre 2000 herzustellen, auf die alle Beteiligten sich einstellen können und für deren Durchführung die politisch Verantwortlichen einstehen.

Die Bereitschaft der Bundesregierung, kurzfristig für ein Bibliotheks Sonderprogramm 40 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, wird begrüßt. Die Länder sind aufgefordert, mit ihrem komplementären

Anteil in Höhe von 40 Millionen DM das Programm schnellstmöglich umzusetzen.

2. Wir verlangen die schnellstmögliche Umsetzung des von Bund und Ländern gemeinsamen erarbeiteten Entwurfs für eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes, damit die Neuerungen zum 1. April 1998 in Kraft treten können. Kernpunkte der Reform sind mehr Freiheit für die Hochschulen durch den Abbau bürokratischer Vorgaben, mehr Konkurrenzfähigkeit durch international vergleichbare Abschlüsse und mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen durch leistungsorientierte Finanzierung. Die Bundeslän-

Das neue Hochschulrahmengesetz soll so schnell wie möglich in Kraft treten.

der müssen die neuen Freiräume an die Hochschulen weitergeben und sich auf unverzichtbare Rahmenseetzungen beschränken. Entsprechende Änderungen der Landeshochschulgesetze sollen zuletzt vorbereitet werden, um zeitgleich zum 1. April 1998 in Kraft treten zu können.

3. Wir wollen eine Reform der Bundesausbildungsförderung, die eine Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze beinhaltet sowie die Leistungskomponenten im BAföG weiter verstärkt.

Dabei halten wir an einer Förderung fest, die abhängig vom Einkommen der Eltern

Rüttgers und Koch für BAföG-Reform nach dem „Bayern-Modell“

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers strebt bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Dezember eine Einigung über eine Reform der Bundesausbildungsförderung (BAföG) an:

Eine zügige Entscheidung wäre auch ein Beitrag zur Vertrauensbildung bei den Studenten. Er appellierte an die SPD, einer Einigung in dieser Frage

nicht im Wege zu stehen. Mit dem Fraktionsvorsitzenden im hessischen Landtag, Roland Koch, plädierte Jürgen Rüttgers für das kostenneutrale sog. „Bayern-Modell“ bei der BAföG-Reform und gegen das sog. „Drei-Körbe-Modell“ der SPD, das zusätzliche Ausgaben in Höhe von 500 Millionen bis zwei Milliarden Mark erfordern würde.

ist. Das Kriterium für die Studiermöglichkeit junger Menschen muß ausschließlich die Leistungsfähigkeit und nicht die soziale Herkunft sein.

4. Die Hochschulausbildung in Deutschland muß neue Bildungsziele aufnehmen. Neben größerer Internationalität gehört dazu auch die Vorbereitung auf Selbständigkeit.

5. Es ist wichtig für die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, daß ausländische Studenten und Wissenschaftler sich in Deutschland ausbilden oder weiter qualifizieren wollen. Die Einführung international vergleichbarer Abschlüsse an den Hochschulen ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Attraktivität des Studienstandortes Deutschland. Hinzukommen muß eine verbesserte Betreuung der ausländischen Studierenden und Wissenschaftler durch die Hochschulen selbst.

6. Wir konnten die deutsche Einheit im Bereich der Hochschulen so zügig und

konsequent wie in wenigen anderen Bereichen herstellen. Die 53 Hochschulen in den neuen Ländern brauchen den Vergleich mit denen in Westdeutschland in keiner Weise zu scheuen. Außerdem sind die Studenten/Professorenrelationen in ostdeutschen Hochschulen deutlich günstiger. Deshalb ist ein Studienplatz in den neuen Ländern in ganz Deutschland erste Wahl.

7. Diese Initiativen brauchen stärkeren Rückenwind. Deshalb unterstützen wir Ansätze für die Vergabe staatlicher Fördermittel im Wettbewerb. Gleichzeitig weisen wir mit Nachdruck darauf hin, daß auch die Hochschule der Zukunft nicht mehr allein mit staatlichen Mitteln und auf staatliche Direktiven hin gestaltet werden kann. Wir wollen deshalb gemeinsam mit der Wirtschaft die öffentliche Bildungsförderung durch verstärkte Drittmittelwerbung, Sponsoring und Stiftungseinrichtungen erweitern. Dazu bedarf es spenden- und stiftungsfreundlicher Rechtsänderung des Steuerrechts. ■

Rechtsverbindliche Verpflichtungen zum Schutz des Klimas

Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesrepublik Deutschland, Präsident Fernando Henrique Cardoso, Föderative Republik Brasilien, Vizepräsident Thabo M. Mbeki, Republik Südafrika, und Premierminister Goh Chok Tong, Republik Singapur, vor der Klimakonferenz in Kyoto:

Die internationale Politik zum Schutz des Klimas ist ein zentrales Thema der gemeinsamen Initiative, die wir auf der 19. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juni 1997 in New York vorgestellt haben.

Aufgrund unserer gemeinsamen Sorge um den dringend notwendigen Schutz des Klimas und angesichts der noch immer sehr schwierigen Verhandlungssituation richten wir die dringende Bitte an die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention, bei der unmittelbar bevorstehenden 3. Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto ein Protokoll oder ein anderes rechtsverbindliches Instrument zu verabschieden, das der großen Bedeutung des weltweiten Klimaschutzes für die gesamte Menschheit Rechnung trägt.

Dieses Dokument muß rechtsverbindliche Verpflichtungen für die Industrieländer enthalten, die Treibhausgasemissionen deutlich zu vermindern. Dazu verweisen wir auf den von unseren Ländern unterstützten Vorschlag, wonach die Industrieländer einzeln oder gemeinsam die Emissionen der drei wichtigsten Treibhausgase (Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid) zusammen um mindestens 7,5 Prozent bis 2005 und um 15 Prozent bis 2010 gegenüber 1990 reduzieren müssen.

Die geforderten Verminderungen müssen vorrangig auf nationaler Ebene erfolgen. Zusätzlich könnte die flexible Umsetzung rechtsverbindlicher Reduktionsziele zwischen den Industrieländern geprüft werden. In diesem Zusammenhang sollte die Kyoto-Konferenz das Instrument zur gemeinsamen Umsetzung von Verpflichtungen (Joint Implementation) zwischen Industrieländern in Übereinstimmung mit noch zu vereinbarenden Regeln und Maßstäben in Betracht ziehen.

Rechtsverbindliche Ziele in einem Klimaprotokoll sind vor allem dann glaubwür-

Alle Staaten dieser Erde müssen zusammenarbeiten.

dig, wenn es wirksame Regeln für die Überprüfung ihrer Einhaltung gibt. In diesem Zusammenhang könnte der Vorschlag, daß diejenigen, die sich nicht an die in dem Protokoll genannten Ziele halten, entsprechend ihrer Zielverfehlung Mittel für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, ein Beitrag für die Durchsetzung der Regeln sein.

Alle Staaten dieser Erde müssen zusammenarbeiten, um unser Klima auch für künftige Generationen zu sichern. Wir anerkennen, daß längerfristig tatsächlich weltweite Anstrengungen aller Länder im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten unternommen werden müssen, um schließlich das Ziel der Konvention zu erreichen. Wir wissen, daß nachhaltiges wirtschaft-

Klarheit für Milcherzeuger schaffen

Nach einer Erörterung der zukünftigen Milchpolitik in der Arbeitsgruppe erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Egon Susset:

Für die Fortsetzung der Garantienregelung Milch über das Jahr 2000 hinaus gibt es eine übereinstimmende deutsche Position, die Landwirtschaftsminister Jochen Borchert in die Brüsseler Verhandlungen eingebracht hat.

Sobald wie möglich muß auch Klarheit darüber geschaffen werden, wie die Übertragung der Milchquoten von den ausscheidenden Milcherzeugern hin zu den aktiven Milcherzeugern nach dem Jahr 2000 gestaltet werden kann, um diese wirtschaftlich zu stärken. Die aktiven Milcherzeuger erwarten zu Recht Antwort auf die Frage, wie ihre Position im Rahmen der rechtlichen Grenzen verbessert und was an Flexibilität durchgesetzt werden kann, damit die Quoten zu den wirtschaftenden Milcherzeugern wandern.

Dazu muß zuerst die Flächenbindung

der Referenzmengen auf europäischer Ebene aufgehoben werden. Hierin unterstützen wir die Verhandlungen von Bundesminister Borchert in Brüssel. Im übrigen befürworten wir eine Quotenübertragung über den Markt. Darüber besteht weitgehendes Einvernehmen mit Berufsstand und Wissenschaftlern. Hinsichtlich der einzelnen Ausgestaltung müssen alle möglichen Varianten sorgfältig durchleuchtet, Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden. Vor allem muß der Berufsstand zu einer einheitlichen Position finden.

Dies ist Voraussetzung, um letztlich klare Fakten für eine Neugestaltung des Übertragungssystems für Milchquoten zu schaffen. Unser Ziel muß sein, die Leistungsfähigkeit der milcherzeugenden Betriebe zu stärken, zu stabilen Einkommen beizutragen und die Milcherzeugung in den angestammten Grünlandregionen zu halten. Darüber hinaus muß alles dafür getan werden, die Angebotszersplitterung in der deutschen Molkereiwirtschaft möglichst rasch zu überwinden.

liches Wachstum in Entwicklungsländern notwendig ist und betrachten technologische Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung als Teil unserer langfristigen Anstrengungen. Deshalb sollte die Kyoto-Konferenz auch Maßnahmen für Fortschritte beim Technologiezugang bzw. -transfer ebenso wie finanzielle Hilfen prüfen, um die Entwicklungsländer bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu unterstützen.

In Kyoto sind die Industrieländer gefordert, ihre Verantwortung für den Klima-

schutz wahrzunehmen, indem sie sich zur Reduktion ihrer Treibhausgase deutlich unter das Niveau von 1990 verpflichten. Die Entwicklungsländer sollten ebenfalls ihre langfristige Rolle bei künftig zu erbringenden weiteren angemessenen Beiträgen zum weltweiten Klimaschutz in Betracht ziehen, auf der Grundlage des Prinzips der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und in Verbindung mit den Fortschritten, die in Kyoto von den Industrieländern gemacht werden.

Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung

1997 um mehr als 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht

Im Jahre 1996 hatte sich der Bund als Arbeitgeber den Gewerkschaften gegenüber zur Begründung 200 zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse im Tarifbereich verpflichtet. Diese Zahl wurde in der Praxis erheblich übertroffen.

Mit insgesamt 267 zusätzlichen Ausbildungsverhältnissen gelang es, über diese eingegangene Verpflichtung hinaus die Ausbildungsleistung des Bundes beträchtlich zu steigern. Allein 4.230 im Jahr 1996 neu begründete Ausbildungsverhältnisse entsprachen einer Steigerung von mehr als 6 Prozent gegenüber 1995 (3.963 neu begründete Ausbildungsverhältnisse).

Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen hat die Bundesregierung ab 13. Mai 1997 beschlossen, das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Bundesverwaltung um über 3 Prozent gegenüber 1996 zu erhöhen.

Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Eckart Werthebach, hat im Bundeskabinett berichtet, daß dieses Ziel für 1997 deutlich übertroffen wurde. So seien bei der unmittelbaren Bundesverwaltung 2.923 Auszubildende neu eingestellt worden, 281 mehr als im Vorjahr.

Staatssekretär Eckart Werthebach: „Mit dieser Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes leistet die Bundesregierung einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lage am Lehrstellenmarkt.“

Damit seien die Ausbildungsleistungen in diesem Bereich um 10,6 Prozent erhöht worden. Bei der mittelbaren Bundesverwaltung konnten 1.598 Auszubildende neu eingestellt werden, 10 mehr als im Vorjahr. Insgesamt ergeben sich damit für die gesamte Bundesverwaltung 4.521 Neueinstellungen in 1997 – gegenüber 4.230 in 1996 eine Steigerung um 6,9 Prozent.

Staatssekretär Eckart Werthebach betonte, daß es trotz der angespannten Haushaltslage der Bundesregierung gelungen sei, in ihrem Zuständigkeitsbereich das Ausbildungsplatzangebot gegenüber dem Vorjahr nochmals zu erhöhen. Damit leiste der Bund einen erheblichen Beitrag, jungen Menschen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, um damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Personalie

Als erste Frau übernimmt die Bundesgeschäftsführerin der Jungen Union, **Susanne Verweyen-Emmrich**, das Parteimanagement der CDU Baden-Württemberg. Der Landesvorstand hat die 35 Jahre alte Rheinländerin einstimmig zur Landesgeschäftsführerin bestellt. Die Erziehungswissenschaftlerin war von Ministerpräsident Erwin Teufel sowie von Generalsekretär Ulrich Kauder vorgeschlagen worden. Verweyen-Emmrich tritt die Nachfolge von Raimund Gründler an, der persönlicher Referent des Stuttgarter Oberbürgermeister ist.

Die Fälschungssicherheit der EURO-Banknoten ist garantiert

Als ein Beitrag zum Schutze des europäischen Bürgers bezeichnete der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Ingo Friedrich (EVP), daß der Wirtschafts- und Währungsausschuß des Europäischen Parlaments sich ausdrücklich für eine Garantie höchstmöglicher Sicherheitsstandards bei der Herstellung der EURO-Banknoten ausgesprochen hat, wodurch das Fälschungsrisiko minimiert werde.

Bei der Abstimmung über den Bericht „Der Euro und der Verbraucher“ konnte – mit den Stimmen der EVP-Abgeordneten – ebenfalls durchgesetzt werden, daß bei der Herstellung sämtlicher EURO-Ban-

noten strengst mögliche Normen für die Echtheitskennzeichen zum Schutz gegen Fälschungen gelten sollen und sämtliche Gelddruckereien zum Einsatz der gleichen technologischen Verfahren verpflichtet werden.

Preissenkungen erwartet

Friedrich erinnerte daran, daß die Einführung des EURO eine einschneidende Veränderung im Leben aller Verbraucher in der Europäischen Union darstellen werde. Zahlreiche positive Auswirkungen, wie z. B. die Transparenz der Preise, die erwartbaren Preissenkungen durch einen zunehmenden Wettbewerb sowie der Wegfall der Kosten für den Geldumtausch, werden durch den EURO ermöglicht.

Straßenbauinvestitionen sichern Arbeitsplätze

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zur Erhöhung der Straßenbaumittel im Haushalt des Bundesverkehrsministers:

Es ist eine bekannte Faustformel: Eine Milliarde Investitionen bedeuten 12 000 bis 13 000 Arbeitsplätze. Die Bauindustrie braucht für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zusätzliche Investitionen derzeit schon mehr als dringend. Deshalb ist es eine gute Nachricht, daß im Haushalt des Bundesverkehrsministers im nächsten Jahr 230 Mio. DM mehr für Straßenbauinvestitionen und in den nächsten 5 Jahren insgesamt rd. 1 Mrd. DM mehr zur Verfügung stehen werden.

Ich begrüße diese Entwicklung, die immerhin den Baubeginn für 35 zusätzliche Straßenbauprojekte ermöglicht.

Völliges Unverständnis habe ich dagegen für die Haltung der SPD. Während die Länderverkehrsminister, gerade auch die der SPD-regierten Länder, dringend die Aufstockung der Mittel für den Straßenbau fordern, beantragen die SPD-Verkehrspolitiker in Bonn mit Frau Ferner an der Spitze eine Kürzung des Straßenbauhaushalts um rd. 200 Mio. DM. Die von der Koalition durchgesetzte dringend nötige Erhöhung bezeichnet Frau Ferner als unsinniges „Anfütern der Straßenbaumittel“. Die Bauindustrie und ihre Beschäftigten werden diese Meinungsäußerung in bezug auf den Bestand ihrer Arbeitsplätze wohl zu werten wissen.

CDU Saar präsentiert sich als Zukunftspartei

Mit einem überwältigenden Ergebnis bestätigten die saarländischen Christdemokraten ihren Landes- und Fraktionsvorsitzenden Peter Müller als Parteichef. Müller erreichte mit 367 Ja-Stimmen oder 96,6 Prozent der Stimmen ein noch besseres Ergebnis als 1995, als er zum Nachfolger von Klaus Töpfer mit 94,3 Prozent der Stimmen gewählt wurde.

Neben den personellen Weichen stellte die CDU Saar im Rahmen ihres 48. Landesparteitags, der in der Merziger Stadthalle unter dem Motto „Zukunft Saarland. Wir schaffen es“ stattfand, die inhaltlichen Weichen für die anstehenden Wahlkämpfe. Mit Blick auf die Landtagswahl 1999 positionierte sich die Union als Zukunftspartei für das Saarland und somit als klare Alternative zu den abgewirtschafteten Sozialdemokraten.

In einer fulminanten Rede hatte Peter Müller zuvor das Versagen der Landesregierung gegeißelt und eigene Konzepte für die Zukunft des Landes vorgelegt. Der Kanzlerkandidatenkandidat Lafontaine glänzte bei wichtigen landespolitischen Angelegenheiten durch Abwesenheit. Wer in Bonn alles besser wissen will und sein Gesellenstück an der Saar verhaut, den hätten die Saarländerinnen und Saarländer nicht verdient. Für den Chef der Saar-CDU steht SPD nur noch für „Summe politischer Dummheit“.

Die CDU Saar, so Müller, werde auch in Zukunft konstruktiv die drei großen Herausforderungen angehen, die die Landesregierung bisher verpennt hat: Strukturwandel, Bildungspolitik und Innere Sicherheit. Die von den Christdemokraten

in diesen Bereichen vorgelegten Konzepte seien alle von der SPD abgewiesen worden, ohne daß sie Alternativen präsentieren konnte. Anstatt ihre eigenen Hausaufgaben zu machen, stelle die Landesregierung nur noch Forderungen an Dritte. Auch die Blockadepolitik im Bundesrat müsse ein Ende finden.

Peter Müller schlug vor, die Kindergeldleistungen vom Einkommen abhängig zu machen. Außerdem lehnte er die von Bayern vorgeschlagene Regionalisierung der Sozialbeiträge ab. Der CDU-Landesvorsitzende kritisierte ebenso Bedenken aus Reihen der CSU, wonach die Umgestaltung der Rentenversicherung die Wahlchancen der Union bei der kommenden Bundestagswahl verschlechtere. „Wir müssen grundsatzbezogene Politik machen und sie den Menschen erklären. Die Leute sind nicht so dumm, wie manche Politiker glauben.“

Lothar Späth, früherer baden-württembergischer Ministerpräsident und nun Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, kritisierte als Gastredner die Starre und Unbeweglichkeit der Deutschen. „Wenn unsere Väter und Großväter“, so der Schwabe, „nach dem Krieg so risikoscheu gewesen wären, würden wir heute noch auf den Trümmern unserer Häuser sitzen.“

Am Vorabend hatte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft über Wege in das Informationszeitalter diskutiert. Mit einer optimalen Ausbildung, neuen Technologien und mehr Existenzgründungen will Rüttgers Zukunft und Arbeitsplätze in Deutschland sichern. „Wir haben den Fehler gemacht, daß die Standortdebatte zur

Deutsche Schulen in Washington erfolgreich

Mit dem Mariengymnasium in Jever sowie dem Eugen-Bolz-Gymnasium in Rottenburg/Neckar erreichten zwei deutsche Teilnehmer die Endausscheidung des internationalen ThinkQuest-Wettbewerbs. Das Eugen-Bolz-Gymnasium belegte mit seinem Kooperationsprojekt „The Mysteries of Space and Time“ (Die Geheimnisse von Raum und Zeit) sogar einen sensationellen 2. Platz.

„Schulen ans Netz“ – die gemeinsame Initiative des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, und des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG, Ron Sommer – wurde von ThinkQuest als direkter Kooperationspartner in Deutschland ausgewählt. Schulen ans Netz e. V. koordiniert den Wettbewerb in Deutschland.

Insgesamt wurden 1.400 Beiträge kooperierender Schulen aus über 40 Ländern eingereicht, 37 Projekte aus 12 Ländern kamen in die Endaussei-

dung. Erstmals konnten sich Schüler aus aller Welt beteiligen, und die Bilanz der deutschen Schulen ist überaus positiv: Von 15 Projektteams mit deutscher Beteiligung konnten sich 12 auf Anhieb für das Halbfinale qualifizieren.

Für die dritte, laufende Runde werden Bewerbungen von Teams für ThinkQuest 1998 **noch bis zum 28. Februar 1998** entgegengenommen. Informationen gibt es über den „Schulen ans Netz“-Server unter <http://www.san-ev.de>, Bereich „Kooperation“, oder direkt über <http://www.advanced.org./thinkquest>. Eine CD-ROM zum Wettbewerb kann gegen einen frankierten Rückumschlag bei „Schulen ans Netz“, Oberkasseler Str. 2, 53227 Bonn, angefordert werden. Die Gewinner des diesjährigen ThinkQuest-Wettbewerbs können nach Erhalt der gemeinsamen Informationen aus den USA über den „Schulen ans Netz“-Server abgerufen werden.

Kostensenkungsdebatte verkommen ist“, so der Minister.

Nahezu einstimmig verabschiedeten die Delegierten den Leittrag „Das Saarland auf dem Weg in das Informationszeitalter“. Darin wird der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur für das Saarland gefordert. Ein landesweites Saar-Netz sowie die Vernetzung mit den Nachbarregionen Lothringen und Luxemburg soll einen preiswerten und leistungsfähigen Zugang zum Internet ermöglichen. Zusätzliche Mittel und Umgestaltungen der Lehrpläne sollen die neue Technologie auch in den Schulen voranbringen. In weiteren Anträgen forderten die Delegierten, daß die satzungsmäßigen Voraussetzungen für In-

ternet-Bbeauftragte auf allen Organisations-ebenen und die Einrichtung einer virtuellen Vereinigung geschaffen werden.

Leitlinien beschlossen

Mit den „Merziger Thesen“ beschloß die CDU Saar zudem Leitlinien für eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik. Ein wirtschaftliches Standortaufwertungsprogramm steht dabei im Mittelpunkt.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden der Bundestagsabgeordnete Peter Jacoby, die Landtagsabgeordnete Daniela Schlegel-Friedrich und mit Klaus Meiser sowie Sigrid Morsch zwei Bürgermeister gewählt. ■

Landesparteitag in Eckernförde

Rot/Grün – Verlorene Zeit für Schleswig-Holstein

Mit „Mut und Tatkraft“ will die schleswig-holsteinische CDU in das Wahljahr 1998 gehen. „Dann haben wir gewaltige Chancen“, rief der Landesvorsitzende, Peter Kurt Würzbach, den über 500 Delegierten und Gästen des Landesparteitages am 29. November in Eckernförde zu. Gute Ergebnisse bei den Kommunalwahlen im März und bei der Bundestagswahl im September nächsten Jahres sollen das Ende der „rot/grünen Unvernunft“ in Schleswig-Holstein einleiten.

In einer kämpferischen Rede bescheinigte Würzbach seiner Partei neues Selbstvertrauen. Einer scharfen Kritik an der Politik der Landesregierung stellte er klare CDU-Positionen gegenüber. Statt bürokratischer Regulierungswut rot/grüner Umweltplaner, die zu Bevormundung und Entmündigung führt, will die CDU Umweltschutz mit den Menschen und nicht gegen sie. Massenhafte Alltagskriminalität dürfe in Schleswig-Holstein nicht länger verharmlost werden, sondern erfordere entschlossenes Eingreifen des Staates. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes soll nicht länger durch das Verschleppen wichtiger Infrastrukturprojekte aufs Spiel gesetzt werden.

Das „Verzögern, Verhindern und Verschleppen“ wichtiger Entscheidungen findet sich auch belegt in einer 50seitigen Dokumentation zum „Versagen der rot/grünen Landesregierung“, die dem Parteitag vorgestellt wurde. Das Papier mit dem Titel „Rot/Grün – Verlorene Zeit für Schleswig-Holstein“ ist eine Mängelliste von 122 konkreten Beispielen über

Geldverschwendung und politische Fehlentscheidungen.

Ob beim Transrapid, dem Bau der Ostseeautobahn A 20, der Elbquerung westlich von Hamburg oder dem sechsspurigen Ausbau der A7 – überall stehe die rot/grüne Landesregierung auf der Bremse. Auch „rot/grüne Spielwiesen“, die trotz leerer Haushaltskassen des Landes Unterstützung finden, werden in dem Papier aufs Korn genommen: der neu geschaffene Flüchtlingsrat, der praktisch keine Befugnisse besitzt, das Schwulen- und Lesbenreferat oder die Förderung technologischer Erneuerung von Fahrrad-Rikschas in Indien.

Der Landesparteitag hatte aber auch wichtige Wahlentscheidungen zu treffen. Erstmals seit 1990 hat die schleswig-holsteinische CDU wieder einen Generalsekretär. Der 34jährige Rechtsanwalt Dr. Johann Wadepful wurde von den Delegierten mit einem eindrucksvollen Ergebnis in dieses Amt gewählt. Wadepful, der von 1992 bis 1996 Landesvorsitzender der Jungen Union war, erhielt 249 von 274 Stimmen. Einen guten Namen hatte er sich bereits 1993 als Vorsitzender einer Kommission für innerparteiliche Reformen gemacht.

Gutes Führungsteam

Stärken und Defizite der Partei wurden analysiert, wichtige Vorschläge zur stärkeren Einbindung von jungen Menschen und Frauen ausgearbeitet. Ein gewachsenes Vertrauensverhältnis und eine enge Verzahnung mit der Arbeit des Landesvorsitzenden bürgen für ein erfolversprechendes und gutes Führungsteam.

Filmstandort Deutschland durch Novellierung des Filmförderungsgesetzes noch weiter stärken

Anlässlich der anstehenden Novellierung des Filmförderungsgesetzes erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Film der CDU Deutschland, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bernd Neumann, und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Filmförderung im Wirtschaftsausschuß, Wolfgang Börnsen (Bönstrup).

Mit dem nun vorliegenden Regierungsentwurf zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes wurde ein notwendiger Beitrag zur zeitgemäßen Ausrichtung der Filmförderung gemacht. Die wichtigsten Forderungen des 9-Punkte-Filmpapieres der CDU seien darin umgesetzt worden. Der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann begrüßte ausdrücklich die mit dem neuen Gesetz implizierte Stärkung der Wettbewerbschancen deutscher Spielfilme und die damit einhergehende Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Produzenten in Deutschland. Auch wenn unter Umständen noch

keine Korrekturen nötig seien, sei der nun vorliegende Entwurf in seiner Gesamtheit ein optimales Ergebnis der Neuausarbeitung durch alle Beteiligten und Betroffenen der Branche, nicht zuletzt auch das Ergebnis des Hearings, bei dem der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages die Verbände und Organisationen der Filmwirtschaft angehört habe.

Die Strukturreform der Filmförderungsanstalt in Berlin sei ebenfalls ein wichtiger Etappensieg für das Vorwärtstreben des deutschen Films, so der Berichterstatter für Film, Wolfgang Börnsen. Der Abgeordnete bezeichnete die Filmförderungsanstalt als ein unverzichtbares Finanzierungsinstrument für den deutschen Film, das entscheidend zur Stärkung des Filmproduktionsstandortes Deutschland beiträgt. Eine Verschlinkung der Gremienstruktur und die Einbeziehung des Sachverständigen von Fernsehsendern und Videowirtschaft durch die Wahl in das Präsidium der FFA sei ebenso eine Säule erfolgreicher Filmpolitik, wie die Übernahme von Serviceleistungen durch die FFA ein tragender Pfeiler ist.

Beendet wurde der Parteitag mit der Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl. Seit 1983 hatte Gerhard Stoltenberg die Liste der Nord-CDU angeführt. Die Landespartei dankte ihm für seine großartige Arbeit und seine kraftvollen Worte zum bevorstehenden Wahljahr mit stehendem Applaus. Er, der im Herbst 1998 seine Abgeordnetentätigkeit sowohl als Landtags- als auch als Bundestagsabgeordneter nach 44 Jahren beendet, schlug

selbst seinen Nachfolger vor. Als neuer Spitzenkandidat zur Bundestagswahl wurde der Landesvorsitzende, Peter Kurt Würzbach, gewählt.

Ihm folgen bis Platz 12: CDU-Landesgruppenchef Dietrich Austermann, Angelika Volquartz, Michael von Schmude, Wolfgang Börnsen, Anke Eymer, Peter Harry Carstensen, Gert Willner, Otto Bernhardt, Helmut Lamp, Timm Hollmann und Melanie Puschadel. ■

Weitere Verfolgung von SED-Unrecht möglich

Zu dem am 28. November von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP sowie von Teilen der SPD beschlossenen und von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Gesetzentwurf zur weiteren Verlängerung der Verjährungsvorschriften für Straftaten der DDR-Regierungs- und Vereinigungskriminalität erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:

Die Annahme des Gesetzentwurfs durch eine breite, parteiübergreifende Mehrheit im Parlament stellt einen Erfolg für die Arbeit der ostdeutschen Unionsabgeordneten dar. Das Gesetz stellt die Strafverfolgung sicher für nicht aufgearbeitete Straftaten, die noch während des Bestehens der DDR und im Zuge der Wiedervereinigung begangen worden sind. Der Gesetzentwurf ist wesentlich auf die Initiative der ostdeutschen Unionsabgeordneten zurückzuführen.

Die Verlängerung der Verjährungsfristen betrifft Straftaten sog. „mittelschwerere Kriminalität“, deren Verjährung zum

31. 12. 1997 drohte. Mit dem neuen Gesetz wurden die Verjährungsfristen nun bis zum 2. Oktober 2000 verlängert.

Bei den Straftaten „mittelschwerere Kriminalität“ handelt es sich insbesondere um Rechtsbeugung, Nötigung, Körperverletzung und Betrug. Von der neuen gesetzlichen Regelung werden auch Straftaten erfaßt, die nach dem 31. Dezember 1992 begangen worden sind, da viele Delikte einigungsbedingter Wirtschaftskriminalität in der Zeit nach 1992 begangen worden sind.

Das jetzt beschlossene Gesetz beinhaltet eine ausgewogene Regelung der Anforderungen, die hier zu berücksichtigen und zusammenzuführen waren:

Zum einen ist nunmehr sichergestellt, daß Straftäter, die sich die erschwerten Verhältnisse vor und nach der Wiedervereinigung bei der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten zunutze machen konnten, auf der Grundlage des neuen Gesetzes einer Strafverfolgung zugeführt werden können.

Zum anderen ist mit dem jetzt angenommenen Gesetz auch dem Erfordernis der Rechtsstaatlichkeit genüge getan.

Lehrplan für das 21. Jahrhundert

Auf die Frage, was Schule leisten muß und leisten kann, antwortet **Annette Schavan**, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, am 18. Dezember um 18 Uhr im Bonner Haus der Geschichte.

Mit dem Vortrag „Lehrplan für das 21. Jahrhundert“ stellt sie in der Vortragsreihe „Gedanken zur Politik des 21. Jahrhunderts“ ihre bildungspolitischen Ideen

zur Diskussion und leistet einen Beitrag zur Debatte über die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft.

Veranstalter ist die Konrad-Adenauer-Stiftung. Nach Roland Koch, Ole von Beust, Christine Lieberknecht und Peter Müller ist Annette Schavan eine weitere Vertreterin der jüngeren Politikergeneration, der die Stiftung ein Forum für die Darlegung ihrer Konzepte gibt.

Argumente

Zur Reform des deutschen Hochschulsystems

Damit sie künftig Exzellenz und Effizienz miteinander verbinden können, müssen die deutschen Hochschulen die Chance erhalten, ihr Profil im Wettbewerb auszubilden.

Das bedeutet nach dem vom Bundeskabinett am 24. September verabschiedeten Regierungsentwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vor allem:

Grundlegende Umstellung staatlicher Hochschulfinanzierung auf das Kriterium Leistung.

Die staatliche Mittelzuweisung an die Hochschulen soll sich künftig an evaluierbaren Leistungen orientieren, die in Lehre und Forschung sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbracht werden.

Die neuen Studienregelungen:

1. Regelstudienzeit neu definieren: vier Jahre bei Fachhochschulstudiengängen, die zum Diplom führen; viereinhalb Jahre bei den übrigen Diplom- und Magisterstudiengängen.

2. Zwischenprüfung in allen Studiengängen mit einer Regelstudienzeit von

mindestens vier Jahren: sie soll studienbegleitend abgenommen werden können und Voraussetzung für das Hauptstudium sein.

3. „Freischuß“: künftig auch in allen anderen Studiengängen, die sich dazu eignen.

4. Mit Leistungspunkten das Prüfungswesen grundlegend umorganisieren: Regelmäßig zu erbringende studienbegleitende Leistungsnachweise sollen die bisher üblichen Zwischen- und Abschlußprüfungen entlasten oder ersetzen.

Absicht: Durch Modularisierung Studiengänge durchlässiger machen, d. h. Übergänge, Hochschulwechsel und internationale Mobilität erleichtern.

5. Studienberatungspflicht: Um den Studierenden möglichst frühzeitig Aufschluß über ihre Eignung für den gewählten Studiengang zu geben, Fachrichtungswechsel und Studienabbrüche nach Möglichkeit zu vermeiden, sollen die Hochschulen – mehr als bisher – bei der Studienberatung in die Pflicht genommen werden. Die Beratung kann sich an den in jedem Semester und bei jeder Lehrveranstaltung zu erwerbenden Leistungspunkten (s. o.) orientieren.

6. „Bachelor“ und „Master“: Zur Verbesserung der Verwertbarkeit des deutschen Diploms vor allem in außereuropäischen Staaten sollen die

deutschen Universitäten, Fachhochschulen und andere Hochschulen in grundständigen Hochschulgängen einen Bachelorgrad und in Postgraduiertenstudiengängen einen Mastergrad verleihen können.

7. Leistungsquote bei der Studienplatzvergabe für bis zu 25 Prozent der Studienplätze im Ortsverteilungsverfahren der ZVS: Sie soll leistungsstarken Studienbewerbern die Möglichkeit geben, an einer Hochschule ihrer Wahl zu studieren, auch wenn sie nicht in deren Einzugsbereich wohnen.

8. Hochschuleigenes Auswahlverfahren bei ca. 20 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen: Durch Auswahlgespräche oder studiengangsspezifische Leistungsanforderungen sollen auch Bewerber eine Chance haben, die nach ihrem Abiturnotendurchschnitt bei geringfügiger Überschreitung der Grenzquote nicht zum Zuge kommen würden. Das Abitur wird aber auch in Zukunft grundsätzlich den Zugang zu allen Studiengängen eröffnen.

Die neuen Regelungen für Professoren:

9. Pädagogische Eignung als unbedingte Einstellungsvoraussetzung für Professoren: Durch die Streichung der Regelvermutung ausreichender Eignung im bisher geltenden HRG soll eine nähere landesrechtliche Konkretisierung dieser besonders wichtigen Qualifikation ermöglicht werden.

10. Habilitation und gleichwertige wissenschaftliche Leistung – auch aus einer Tätigkeit außerhalb des Hochschulbereichs – als gleichberechtigte Einstellungsvoraussetzungen für Professoren: Der Verzicht auf die Habilitation als obligatorische Einstellungsvoraussetzung entspricht dem gestiegenen Stellenwert der Lehre, soll die Laufbahn zeitlich verkürzen und insbesondere dazu beitragen, die Unterrepräsentation von Frauen in den Bereichen Promotion, Habilitation und Professorenschaft abzubauen.

Deregulierung

Damit die Hochschulen den Freiraum erhalten, der für die Verwirklichung der Reformvorstellungen notwendig ist, muß das Hochschulwesen von der bisherigen Detailsteuerung durch den Staat befreit, muß das bestehende Bundes- und Landesrecht erheblich dereguliert werden.

Das heißt für das Hochschulrahmengesetz: Es muß auf denjenigen Kernbestand von Vorschriften beschränkt werden, der für ein Hochschulsystem des 21. Jahrhunderts unbedingt bundeseinheitlich geregelt werden muß.

Die CDU will die schnellstmögliche Umsetzung

des Hochschulrahmengesetzes, damit die Neuerungen zum 1. April 1998 in Kraft treten können.

Materialien der Senioren Union

Machen Sie mit . . .

in der

Senioren Union



- Machen Sie mit in der Senioren-Union, Broschüre
Bestell-Nr.: 5283
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 30,- DM

Erfahrung ist gefragt!



Wer sich engagiert, verändert.



- **Erfahrung ist gefragt!**
Faltblatt
Bestell-Nr.: 2185
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 13,- DM

- **Anwalt und Partner der Senioren**
Faltblatt
Bestell-Nr.: 2261
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 15,- DM

AUFNAHME-ANTRAG



- **Aufnahmeantrag der Senioren-Union**
Bestell-Nr.: 6293
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 0,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Weihnachtslieder
präsentiert
von Ihrer
CDU



● **Musik-CD:**
Weihnachts-
lieder der CDU
Bestell-Nr.: 9300
Preis je CD:
7,- DM

Preis zzgl. MwSt.
und Versand

Bestellungen
an:

IS-Versand-
zentrum
Postfach 11 64
33759
Versmold
Fax
(0 54 23) 4 15 21

UiD

39/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.